

Freitag, Nr. 16, vom 19. April 2006

Mohssen Massarrat

# Noch ein endloser Blitzkrieg?

*Iran: Atlantische Geschlossenheit dient nur dazu, die EU in eine US-Intervention zu verwickeln – Russlands Kompromiss wäre ein Ausweg*

George Bush, Dick Cheney und Donald Rumsfeld sind ihrem Ziel ein weiteres Stück näher gekommen. Condoleezza Rice hat den UN-Sicherheitsrat aufgefordert, die iranische Atompolitik zur Bedrohung für den Weltfrieden zu erklären und Teheran nach Kapitel VII der UN-Charta den Einsatz »aller notwendigen Mittel« anzudrohen. Präsident Mahmud Ahmadinedschad teilte im Gegenzug mit, Iran sei eine Atommacht, und reagierte damit genau so, wie es die US-Regierung nach ihrer harschen Ablehnung des russischen Kompromissvorschlages am 7. März erwartet hatte. Beide Seiten denken und handeln nach der Logik von Drohung und Gegendrohung. Bush will den Krieg – und Ahmadinedschad scheut ihn nicht.

## Die EU verhandelt, die US-Regierung bereitet den Sturz des Regimes in Teheran vor, lautete die Botschaft

Die US-Administration plant – trotz aller Lippenbekenntnisse, man sei für eine diplomatische Lösung offen – seit langem einen Luftkrieg gegen den Iran. Bereits unmittelbar nach dem Sturz von Saddam Hussein im April 2003 hatten US-Neokonservative siegessicher erklärt, jetzt sei der Iran dran. Prompt inszenierte die CIA im Sommer 2003 Enthüllungen von Exiliranern über ein geheimes Nuklearprogramm, das der US-Regierung allerdings lange zuvor schon bekannt war. Alle Aktivitäten des Abdolghadir Khan, des Vaters der pakistanischen Atombombe – inklusive der Versorgung Libyens und Irans mit Nuklear-technik – standen längst unter Beobachtung des US-Geheimdienstes

Die EU – repräsentiert durch Großbritannien, Frankreich und Deutschland (EU-3) – spürte, welche Gefahr heraufzog und ergriff im Spätsommer 2003 die Initiative, um durch eine diplomatische Lösung einen neuen US-Krieg im Mittleren Osten zu verhindern. Sehr zum Unwillen der Bush-Regierung, die der EU-Diplomatie mit vehementer Ablehnung gegenüber stand und schon damals verlangte, unverzüglich den UN-Sicherheitsrat einzuschalten.

Im Herbst 2004 gab es einen taktischen Schwenk, die Amerikaner unterstützten nun das Vorgehen der EU-3, sicherten sich allerdings als Gegenleistung für den Fall des Scheiterns die Zustimmung der Europäer zu einer härteren

Gangart nach US-Spielregeln. Damit wurde die EU-Diplomatie zur Geisel der US-Iran-Politik, da außer Frage stand: die Verhandlungen zwischen den EU-3 und Teheran würden nur dann erfolgreich sein, sollten die USA substanzielle Zugeständnisse machen. Wie zu erwarten, dachten Bush, Cheney und Rumsfeld nicht im Traum daran und ließen die europäische Verhandlungstroika voll auflaufen. Die scheiterte im August 2005 endgültig, als Iran eine Nichtangriffsgarantie der Vereinigten Staaten verlangte, die Bush-Regierung aber der EU die Erfüllung dieses legitimen Wunsches verweigerte.

Die Botschaft der westlichen Doppelstrategie – die EU verhandelt, die US-Regierung bereitet den Sturz des Regimes in Teheran vor – hatte im Iran ihre Wirkung, der innenpolitische Spielraum der Reformer um den damaligen Präsidenten Khatami schrumpfte, das Lager der konservativen Hardliner gewann wieder an Gewicht – die Wahl Mahmud Ahmadinedschads zum Präsidenten der Republik war nicht zuletzt ein Resultat der westlichen Drohpolitik.

Nachdem ihre Diplomatie gescheitert war, schwenkten die EU-3 auf die von den USA betriebene Eskalation des Konflikts ein, so dass seit Februar 2006 der Sicherheitsrat – im Klartext die USA – über die nächsten Schritte entscheidet.

## Ohne europäische Beihilfe oder Duldung dürfte die US-Regierung einen Militärschlag kaum riskieren wollen

Russland hat es verstanden, mit einigem Geschick das von der Europäischen Union hinterlassene diplomatische Vakuum zu füllen. Der von Moskau Ende Februar unterbreitete Kompromissvorschlag (s. Dokumentation) billigt Teheran das Recht auf Urananreicherung zu Forschungszwecken und unter scharfer Kontrolle der IAEO zu, untersagt ihm aber die industrielle Urananreicherung auf iranischem Boden. Iran billigte nach heftigen internen Kontroversen diesen Vorschlag (s. Dokumentation) China, aber auch Deutschland und andere EU-Regierungen signalisierten Zustimmung – die US-Regierung hingegen verwarf einen solchen Ausweg kategorisch. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass es Bush & Co. im Iran-Konflikt nicht zuerst darum geht, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern – mit ihrem Veto gegen eine Lö-

sung, die breiteste Akzeptanz fand, haben sie ihn erbracht.

Der Journalist Seymour Hersh hatte schon Anfang 2005 die Kriegsabsichten der Neokonservativen mit einem Bericht im Magazin *New Yorker* enthüllt. In der vergangenen Woche berichtete er an gleicher Stelle über konkrete militärische Planungen, die einen Einsatz von Mini-Atombomben gegen iranische Nuklear- und Militäranlagen einschließen. Der CIA-Spitzenmann William Arkin bestätigte inzwischen in der *Washington Post* vom 16. April die USA-Kriegsplanungen. Hersh hatte zum Motiv eines solchen Vorgehens geschrieben, es gehe darum, die Regierung des Iran zu demütigen, einen Volksaufstand zu provozieren und damit einen Regimewechsel auszulösen. Bush beabsichtige etwas zu tun, was kein anderer demokratischer beziehungsweise republikanischer Amtsinhaber wagen würde: Er wolle als ein starker US-Präsident, der seine Mission erfüllt habe, in die Geschichte eingehen. Dabei deckten sich seine Motive weitgehend mit amerikanischen Hege-omnial- und israelischen Regional-Interessen im Mittleren und Nahen Osten, wo für einen militärisch starken antiwestlichen iranischen Staat kein Platz vorgesehen ist.

Die Kriegsabsichten Washingtons und die unklare Haltung der EU-3, die im Iran als indirekte Unterstützung der USA wahrgenommen wird, hat das inneriranischen Kräfteverhältnisse abermals zu Gunsten der Hardliner verschoben. Ahmadinedschads jüngstes nationalistisches Getöse passt ziemlich genau in die gewünschte Eskalationsphase. Außenministerin Rice hat denn auch, ohne zu zögern, für Sanktionen nach Kapitel VII der UN-Charta plädiert. Eine Resolution, die sich auf eben dieses Kapitel berief, wurde vor drei Jahren von den USA als Rechtfertigung des Irak-Krieges interpretiert. Freilich hat Bush für einen erneuten Waffengang nur eine Minderheit der US-Bürger hinter sich. Um so mehr ist er auf europäischen Beistand angewiesen (»we will go together with the Europeans«) und rechnet fest damit. Merkel, Chirac und Blair haben die transatlantische »Geschlossenheit« gegenüber dem Iran unbeirrt zur Richtschnur ihrer Politik erklärt. Gleichzeitig spielt hierzulande eine große Koalition der Verharmloser aus Politik und Medien Bushs Ambitionen herunter. Es hat jedoch keinen Sinn mehr, westliche Geschlossenheit zu beschwören, um einer diplomatischen Lösung Nachdruck zu verleihen, nachdem der Iran mit seiner Zustimmung zum russischen Vorschlag längst eingelenkt hat. Geschlossenheit dient nur noch dazu, die EU in einen Krieg hineinzuzie-

hen, den Washington mutwillig und entgegen jedweder Vernunft vom Zaun brechen will.

So stehen die EU-Regierungen – vor allem die Bundesregierung – am Scheideweg. Folgen sie weiter der US-Droh- und Eskalationspolitik, ermutigen sie Bush unweigerlich zum Militärschlag gegen den Iran und werden für die katastrophale Folgen eines solchen Krieges, für seine Opfer, die Zerstörungen und den Flächenbrand in der gesamten Region mitverantwortlich sein. Erteilen sie dagegen jeglicher Unterstützung einer US-Intervention sofort und unmissverständlich eine klare Absage, könnte aller Wahrscheinlichkeit nach der »worst case« verhindert werden. Ohne europäische Beihilfe beziehungsweise Duldung dürfte die Hürde eines Krieges für die US-Regierung nahezu unüberwindbar sein. Erst dann stünde der russische Vorschlag erneut auf der Agenda der Diplomatie. Ein Kompromiss, bei dem die größte Aussicht besteht, den Konflikt in Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) zu lösen. Daran ändert auch die Erklärung des iranischen Präsidenten vom 12. April nichts: »Wir gehören jetzt zu den Nuklearmächten, und es gibt keinen Weg zurück.«

Hinter Ahmadinedschads zum nationalen Triumph hochstilisierter Neuigkeit verbirgt sich nichts anderes als der Umstand, Uran durch Einsatz von 166 Zentrifugen auf 3,7 Prozent anreichern zu können und dies in Kooperation mit der IAEA tun zu wollen – was exakt dem russischen Vorschlag entspricht. Dass IAEA-Generaldirektor El Baradei am 13. April in Teheran für eine politische Lösung plädierte, die Iran das Recht auf Anreicherung zu Forschungszwecken gewährt, bestätigt diese Einschätzung.

## Die Lösung war greifbar

### Dokumentation: Was Außenminister Sergej Lawrow am 7. März der US-Regierung präsentierte

1. Im Januar 2006 führen Irans Reformer, vor allem der ehemalige Staatspräsident Rafsandschani umfangreiche Gespräche mit der gesamten religiösen Führung, um den Revolutionsführer Ayatollah Khamenei und den gegenwärtigen Staatspräsidenten Ahmadinedschad für einen Kompromiss zu gewinnen.
2. Mitte Februar 2006 veröffentlichten iranische Medien Auszüge aus einer spektakulären Rede von Hassan Rouhani (Rafsandschans Gefolgsmann und ehemaliger Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates und Irans Verhandlungsführer mit den EU-Drei unter der Regierung Khatami). Darin erklärt Rouhani die bisherige Doppelstrategie des Irans, nämlich die friedliche Nutzung der Nuklearenergie in Verbindung mit der Beherrschung des gesamten Brennstoffkreislaufs für gescheitert. "Wir müssen Geduld haben und zur Beendigung der Aussetzung (der Urananreicherung) andere günstigere Gelegenheiten abwarten. Und wenn wir uns damit abfinden wollen, müssen wir auch alle unsere Möglichkeiten dafür einsetzen und überlegt vorgehen, ohne uns unter Druck zu setzen." (zitiert nach Enghelabe Eslami Nr. 640 (6.-19. März, Paris))
3. Russland unterbreitet Iran Ende Februar einen neuen Vorschlag. Die iranischen und internationalen Medien berichten über intensive und zähe Verhandlungen.
4. Die iranische Reformzeitung Shargh berichtete am 05. März über ein aus 6 Paragraphen bestehendes Einigungsdokument zwischen Russland und Iran und zitierte Irans gegenwärtigen Verhandlungsführer Larijani, der nach Gesprächen mit El Baradei gerade nach Teheran zurückkehrte, u. a. mit folgenden Äußerungen: "Über das Recht Irans zur Urananreicherung gibt es keine Diskussion mehr. [...] Die Europäer wollten, dass wir auch die Urananreicherung zu Forschungszwecken im Zusammenhang mit dem russischen Vorschlag aussetzen, was wir aber nicht akzeptieren [...] Urananreicherung zu Forschungszwecken ist für uns nicht

verhandelbar. [...] Der russische Vorschlag enthält Forderungen der IAEA und unsere Erwartungen."

**Kommentar:** Larijani bestätigt indirekt jedoch eindeutig, dass Iran bereit ist, auf industrielle Urananreicherung auf eigenem Boden zu verzichten.

5. 07. März versucht Sergej Lawrow in Washington die US-Regierung für eine Zustimmung zum russischen Kompromissvorschlag zu gewinnen. Präsident Bush und Außenministerin Rice lehnen diesen Vorschlag rundweg ab. Lawrow erklärt noch am selben Tag zur Verblüffung der anwesenden Journalisten den russischen Vorschlag für "nicht existent". Zeitgleich drohte Dick Cheney dem Iran trotz dessen unbestreitbarem Sinneswandel bei einer öffentlichen Veranstaltung, dass die "internationale Gemeinschaft auf bedeutungsvolle Konsequenzen vorbereitet" sei. Stunden später erklärte der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad, dem Irans Reformen nach harten Auseinandersetzungen und mit erheblicher Mühe die Zustimmung zum russischen Vorschlag abgerungen hatten, diesen Vorschlag ebenfalls für "nicht existent" und erwiderte Cheneys Drohung seinerseits mit dem Satz "Wer iranische Rechte zu verletzen versucht, der wird das bitter bereuen."

**Kommentar:** Die Botschaft Irans ist im Umkehrschluss klar erkennbar: der russische Vorschlag steht noch auf der Agenda, sofern die USA ihre Zustimmung signalisieren.